



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 21. März 2012

N i e d e r s c h r i f t

über die 3. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Montag, 12.03.2012
Sitzungsbeginn:	18:27 Uhr
Sitzungsende:	22:28 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Gruppe DIE LINKE & PIRATEN

Leukert, Michael
Perli, Victor

Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion

Barkhau, Holger
Boog, Thomas
Brücher, Bertold
Dette, Ehrhard
Gerndt, Elisabeth
Gerndt, Reinhard Dr.
Wagner-Judith, Christiane

Vorsitzender der B 90/ Die
Grünen Kreistagsfraktion
Stellv. Vorsitzender

Stellv. Landrätin

Gruppe CDU/FDP

Bötel, Bernhard
Dinter, Ilona
Försterling, Björn
Fricke, Dietmar
Großer, Elke
Hantelmann, Klaus
Hasselmann, Rainer
Koch, Manfred
Lagosky, Uwe
Löhr, Norbert
Mühlenkamp, Ralf
Oesterhelweg, Frank

stellv. Landrat

Vorsitzender der CDU
Kreistagsfraktion

bis einschließlich TOP 22
bis einschließlich TOP 22

Schäfer, Uwe
Tiedt, Thorsten
Vogler, Birgit
von Veltheim, Alexander

Stellv. Vorsitzender

bis einschließlich TOP 22
bis einschließlich TOP 22
bis einschließlich TOP 22
bis einschließlich TOP 22

SPD-Fraktion

Albinus, Martin
Bosse, Marcus
Brandes, Katrin
Deitmar, Reinhard
Ganzauer, Oliver
Harmsen, Claus Dr.
Hausmann, Michael
Heider, Ute
Hensel, Falk

Vorsitzender der SPD
Kreistagsfraktion

Kaatz, Detlef
Keye, Bernfried
Krause, Patrick
Märtens, Julian
Polzin, Bruno
Puhle, Stefan
Resch-Hoppstock, Sabine
Vree, Friedhelm
Wiegel, Heike

Stellv. Landrat

bis einschließlich TOP 22

Von der Verwaltung

Röhmann, Jörg
Schillmann, Claus Jürgen
Klooth, Kathrin
Werner, Simone
Löb, Susanne
Vogt, Kornelia
Eidam, Julia

Landrat
Dezernent II
Dezernentin III
Dezernentin IV a
Gleichstellungsbeauftragte
Pressesprecherin
Protokollführerin

Es fehlen:

Gruppe CDU/FDP

Rautmann, Dirk
Wolff, Michael

SPD-Fraktion

Jakob, Thomas

Von der Verwaltung

Hortig, Martin Dezernent

Erster Kreisrat

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 1, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 2. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages am 23.01.2012
5. Anträge (§ 4f GO)
6. Anfragen
- 6.1. Einwohnerfragestunde (§ 16 GO)
- 6.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
7. Änderung der Satzung für das Jugendamt des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0071/2012
8. Benutzungs- und Entgeltordnung für Räume des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel - Volkshochschule in der Harzstraße
Vorlage: XVII-0059/2012
9. Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten
Vorlage: XVII-0057/2012
10. Bedarfsplan für den Rettungsdienst im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0082/2012
11. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen vom 24.11.2011 - 27.12.2011
Vorlage: XVII-0078/2012
12. Durchführung eines Modellversuches zur Einführung einer Wertstofftonne
Vorlage: XVII-0068/2012
13. Errichtung eines Breitbandnetzes im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0070/2012
14. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Teichwiesen Barnstorf und Große Wiese Warle"
Vorlage: XVII-0063/2012
15. Verordnung über das Naturschutzgebiet "Salzwiese Barnstorf"
Vorlage: XVII-0061/2012
16. Mitgliedschaft des Landrates im Vorstand der Till- Eulenspiegel- Museumsstiftung sowie Benennung eines weiteren Kreistagsmitgliedes für das Kuratorium
Vorlage: XVII-0077/2012
17. Erweiterung der Geschäftsordnung des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0086/2012
18. Annahme von Spenden und Zuwendungen über 2.000,- €
Vorlage: XVII-0090/2012
19. Resolution zur sicheren Schließung des Bergwerkes Asse II - Resolution
Vorlage: XVII-0091/2012
20. Resolution zum Thema Fracking
21. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4

NKomVG i.V.m. § 4i GO)

22. Einwohnerfragestunde (§§ 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Ganzauer eröffnet um 18:27 Uhr die 3. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages, heißt die Erschienen herzlich willkommen und entschuldigt sich für den verspäteten Beginn der Sitzung.

Vorsitzender Ganzauer führt an, dass die KAbg. Jakob, Rautmann und Wolff entschuldigt fehlen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 1, 4b GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (4c GO)

Vorsitzender Ganzauer weist auf die drei eingegangenen Anträge zum Thema Fracking der jeweiligen Fraktionen und Gruppen des Kreistages Wolfenbüttel hin, welche, für eine Berücksichtigung auf der heutigen Tagesordnung, allesamt nicht fristgerecht eingereicht worden seien. Daher müssten diese nach § 7 Geschäftsordnung als Dringlichkeitsanträge behandelt werden, wenn die Tagesordnung entsprechend um das Thema Fracking erweitert werden solle.

Vorsitzender Ganzauer bittet um Abstimmung, ob das Thema Fracking als dringlich angesehen werde und die Tagesordnung somit um den TOP 20 Resolution zum Thema Fracking erweitert werden solle.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der Erweiterung um den TOP 20 Resolution zum Thema Fracking genehmigt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 2. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages am 23.01.2012

Vorsitzender Ganzauer trägt die von KAbg. Perli zu TOP 25 begehrte Korrektur vor. KAbg. Perli habe insoweit keinen Antrag gestellt, die Auswahlkommission zur Durchführung des Wettbewerbs zur Entwicklung von Bioenergiedörfern im Landkreis Wolfenbüttel so zu vergrößern, dass die Gruppe DIE LINKE & PIRATEN Berücksichtigung finden könnte, sondern lediglich angeregt, von der Berechnung auf Grundlage der Ausschussgrößen abzuweichen, weil es sich nicht um einen Ausschuss, sondern um eine Kommission handle, die auf eine breitestmögliche Repräsentation fußen sollte. Daraufhin

habe Landrat Röhmann diese Vorgehensweise als nicht möglich bezeichnet und eine deutliche Vergrößerung der Kommission als einzig mögliche Variante ins Gespräch gebracht. Vorsitzende Ganzauer habe dies - ohne erneute Rücksprache mit der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN - zur Abstimmung gestellt.

Daher ergeht nachstehende Korrektur des Protokolls:

KAbg. Perli regt daher an, von der Berechnung auf Grundlage der Ausschussgrößen abzuweichen, da es sich nicht um einen Ausschuss, sondern um eine Kommission für einen Wettbewerb handle, welche auf eine breitestmögliche Repräsentation fußen sollte.

Landrat Röhmann antwortet, dass diese Vorgehensweise nicht möglich sei und stelle daher eine deutliche Vergrößerung der Kommission als einzig mögliche Variante in Aussicht.

Anmerkung der Verwaltung:

Wie der Anlage 6 zu dem Protokoll über die 2. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages zu entnehmen ist, wäre dies bei einer Größe von 8 Kreistagsmitgliedern der Fall.

Vorsitzende Ganzauer lässt über die Vergrößerung der Auswahlkommission, so dass die Gruppe DIE LINKE & PIRATEN Berücksichtigung finden würde, abstimmen.

KAbg. Oesterhelweg fragt nach, ob sich Landrat Röhmann, wie im Protokoll über die 2. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages unter dem TOP 6.2, Seite 7 ausgewiesen, im Bezug auf die Passage „Landrat Röhmann zeigt sich ebenfalls empört über die skandalösen Zustände auf diesem Hof, [...]“ so geäußert habe. Darüber hinaus habe KAbg. Oesterhelweg im Nachgang zu der Kreistagssitzung ein Wortprotokoll über den TOP 6.2 gefordert, welches - laut Anmerkung der Verwaltung im Protokoll - dem Kreisausschuss vorgelegt werden sollte. Dies sei nach Information von KAbg. Oesterhelweg bislang jedoch nicht erfolgt. Daher stelle sich die Frage, ob dies noch nachgeholt werde.

Landrat Röhmann entgegnet, dass im Bezug auf die von KAbg. Oesterhelweg vorgebrachte Passage zu TOP 6.2 das Wort „skandalös“ nicht gefallen sei, bittet insoweit um Entschuldigung, dass dies bei Durchsicht des Protokollentwurfes nicht aufgefallen sei und korrigiert die Passage dahingehend, dass die gezeigten Bilder „besorgniserregende Zustände“ dargestellt hätten.

Daher ergeht nachstehende Korrektur des Protokolls:

Landrat Röhmann pflichtet bei, dass die gezeigten Fotos besorgniserregende Zustände auf diesem Hof darstellen würden, bittet jedoch um Verständnis, dass dem Handlungsspielraum der Verwaltung gesetzliche Grenzen gesetzt seien.

Landrat Röhmann übergibt KAbg. Oesterhelweg das angeforderte Wortprotokoll und schlägt vor, dass KAbg. Oesterhelweg sich dieses zunächst durchlesen und anschließend entscheiden solle, ob es dem Kreisausschuss in dieser Form noch vorgelegt werden müsste. Dem Kreistag würde, aufgrund der Öffentlichkeit der Sitzung, dieses Wortprotokoll ohnehin nicht vorgelegt, da die Diskussion zu diesem TOP zu personenbezogen erfolgt sei und insoweit der betroffene Mitarbeiter des Landkreises Wolfenbüttel geschützt werden müsse.

KAbg. Oesterhelweg erklärt, dass das Wortprotokoll nicht erst zensiert werden müsste und plädiert dafür, es öffentlich zugänglich zu machen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 33 Ja- und 11 Nein- Stimmen nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 2. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages wird unter Berücksichtigung der vorgenannten korrigierten Wortbeiträge von KAbg. Perli sowie Landrat Röhmann genehmigt.

TOP 5 Anträge (§ 4f GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anträge vorliegen.

TOP 6 Anfragen

TOP 6.1 Einwohnerfragestunde (§ 16 GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

TOP 6.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

KAbg. Perli bezieht sich auf den von der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN in der Kreistagssitzung vom 23.01.2012 eingebrachten Antrag zu dem Thema „Geldspeicher“. Insoweit sei damals von Landrat Röhmann die Aussage getroffen, dass die Verwaltung diesbezüglich eine Abfrage bei den Schulen durchgeführt habe, wonach die Schulen kein Interesse an dem Projekt gezeigt hätten. Ein paar Tage später sei jedoch in der Presse eine anderslautende Aussage seitens der Schulen veröffentlicht worden. Daher werde angefragt, wie diese schnelle Umkehr zu erklären sei.

Landrat Röhmann räumt ein, dass die Verwaltung zu dem Zeitpunkt davon ausgegangen sei, dass die Schule insoweit kein Interesse an dem Projekt zur Überschuldung von Schülerinnen und Schülern habe, da dort bislang nur Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klassen seien. Da sich mittlerweile die Gesamtschule anders geäußert habe, werde dieses Projekt selbstredend gefördert und unterstützt. Es sei jedoch angemerkt, dass sich ansonsten nur Schulen der Stadt Wolfenbüttel an dem Projekt beteiligen würden.

KAbg. Koch erinnert an seine in der Kreistagssitzung vom 23.01.2012 gestellte Anfrage bzgl. der Interkommunalen Zusammenarbeit und fragt nach, wann mit einer Antwort zu rechnen sei.

Landrat Röhmann erklärt, dass die Beantwortung unmittelbar vor dem Abschluss stünde und noch vor der nächsten Kreistagssitzung bekannt gegeben werde.

KAbg. Oesterhelweg bittet um Beantwortung seiner in der Kreistagssitzung vom 23.01.2012 gestellten Anfragen hinsichtlich des Tierschutzfalles.

Landrat Röhmann stellt daraufhin ausführlich die Entwicklungen und Tätigkeiten in dem Tierschutzfall seitens der Veterinärabteilung ab dem Bekanntwerden per Fax durch das Kommissariat Salzgitter-Bad am 11.10.2010 bis zum 24.01.2012 dar. In dem Zusammenhang werden zahlreiche Ortstermine, Gespräche innerhalb der Kreisverwaltung und mit Behörden des Landes, Ordnungsverfügungen und Gutachten erläutert, wonach die 1. Frage „Wer wusste wann von diesen Zuständen?“ sowie die 2. Frage „Wer hat wann was veranlasst?“ ausreichend beantwortet erscheinen. Bezüglich der 3. Frage „Wie sind die fachlichen Konsequenzen und das zukünftige Vorgehen hier im Landkreis

Wolfenbüttel?“ werde angemerkt, dass es aufgrund der vorgenannten Ausführungen keinerlei fachliche Konsequenzen geben werde. Auch die 4. Frage „Wie sind die dienstrechtlichen Konsequenzen?“ sei somit beantwortet, da es ebenfalls keinerlei dienstrechtliche Konsequenzen geben werde. Zwar gäbe es diesbezüglich weitere Ermittlungen, jedoch werde dazu im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Stellung genommen.

KAbg. Oesterhelweg bezieht sich auf die ausführliche Sachverhaltsdarstellung und fragt an, ob die Verwaltung bereit sei, sich nach Rücksprache mit der Polizei und der Samtgemeinde Baddeckenstedt einem chronologischen Abgleich der Vorgänge gegenüberzustellen, da seitens KAbg. Oesterhelweg Zweifel an der Reihenfolge bestünden. Darüber hinaus werde kritisiert, dass alle vier Fragen in einer öffentlichen Sitzung gestellt worden seien. KAbg. Oesterhelweg sei während seiner Ausführungen weder von der Sitzungsleitung noch von der anwesenden Verwaltungsspitze unterbrochen worden, wonach er davon ausginge, dass seine Anfragen in diesem Umfang in einer öffentlichen Sitzung gerechtfertigt gewesen seien. Im Nachhinein zu kritisieren, dass Teile nicht für Öffentlichkeit bestimmt waren und die Beantwortung von Teilanfragen auf eine nichtöffentliche Sitzung zu verschieben, sei nicht gerechtfertigt.

Landrat Röhmann bekräftigt ausdrücklich, dass es nicht noch einmal zugelassen werde, dass Mitarbeiter der Kreisverwaltung erneut in der Öffentlichkeit so an den Pranger gestellt werden. Es stünde jedem Kreistagsmitglied anheim eine Dienstaufsichtsbeschwerde einzureichen, jedoch soll diese künftig bitte gegen den Landrat persönlich und nicht gegen einzelne Mitarbeiter gerichtet sein, da diese zum einem ohnehin ausschließlich im Auftrage und im Namen des Landrates handeln würden und sich zum anderen nicht gegen die Aussagen von Kreistagsabgeordneten in der Form wehren könnten und dürften. Überhaupt müsse aufgrund der aktuellen Vorfälle über die Art der Zusammenarbeit gesprochen und nachgedacht werden. Hierzu werde aber im nichtöffentlichen Teil erneut Stellung genommen.

KAbg. Tiedt erläutert Probleme mit dem Kreistagsinformationssystem, wonach es derzeit nicht möglich sei ZIP- Dateien der einzelnen Sitzungen zu erstellen und fragt nach, wann mit einer Behebung dieser Probleme zu rechnen sei.

Frau Eidam antwortet, dass die Probleme im Laufe des Nachmittages mit Unterstützung der Firma Somacos behoben werden konnten und sich die ZIP- Dateien nun wieder erstellen und downloaden ließen.

Anmerkung der Verwaltung:

Sollte es weiterhin zu Problemen kommen, werden alle Kreistagsabgeordneten gebeten sich sogleich an Frau Kösters (e.koesters@lkwf.de, Tel. 05331/ 84 223) zu wenden, damit schnellstmöglich eine Lösung gefunden werden kann.

**TOP 7 Änderung der Satzung für das Jugendamt des Landkreises
 Wolfenbüttel
 Vorlage: XVII-0071/2012**

KAbg. Brandes erläutert die Vorlage – Nr. XVII-0071/2012.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Änderung der Satzung für das Jugendamt des Landkreises Wolfenbüttel wird, wie im Satzungsentwurf vorgeschlagen, beschlossen.

**TOP 8 Benutzungs- und Entgeltordnung für Räume des Bildungszentrums
Landkreis Wolfenbüttel - Volkshochschule in der Harzstraße
Vorlage: XVII-0059/2012**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage - Nr. XVII-0059/2012.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die als Anlage 1 der Vorlage XVII-0068/2012 beigefügte „Benutzungs- und Entgeltordnung für Räume des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel – Volkshochschule in der Harzstraße“ wird beschlossen.

**TOP 9 Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten
Vorlage: XVII-0057/2012**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage – Nr. XVII-0057/2012.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

I) Der Kreisausschuss fasst nachstehende Beschlüsse:

1. Der Kreisausschuss überträgt seine Befugnisse zur Einstellung, Eingruppierung und Entlassung von tariflich Beschäftigten bis Entgeltgruppe 10 bzw. S 16 TVöD gem. § 107 Abs. 4 Satz 2 NKomVG auf den Landrat.
2. Der Landrat unterrichtet halbjährlich mittels Sitzungsvorlage den Kreisausschuss über die in seiner mit Ziffer 1 übertragenen Zuständigkeit getroffenen Entscheidungen.
3. Der Beschluss des Kreisausschusses vom 11.01.1999 zur Zuständigkeit für die Einstellung, Eingruppierung und Entlassung von Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeitern wird aufgehoben.

II) Der Kreistag fasst nachstehende Beschlüsse:

Der Kreistag überträgt die ihm nach § 107 Abs. 4 Satz 1 NKomVG obliegenden personalrechtlichen Befugnisse wie folgt:

1. auf den Kreisausschuss:
Ernennungen der Beamtinnen und Beamten von Besoldungsgruppe A 12 BBesG bis Besoldungsgruppe A 13 BBesG,
2. auf den Landrat
 - a) Ernennungen der Beamtinnen und Beamten bis einschließlich Besoldungsgruppe A 11 BBesG,
 - b) Entlassungen aller Beamtinnen und Beamten nach § 23 Abs. 1 BeamtStG,
 - c) Versetzung zu einem anderen Dienstherrn aller Beamtinnen und Beamten,
 - d) Versetzung in den Ruhestand aller Beamtinnen und Beamten,

- e) Hinausschieben der Altergrenze aller Beamtinnen und Beamten,
 - f) Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit aller Beamtinnen und Beamten.
3. Der Landrat unterrichtet halbjährlich mittels Sitzungsvorlage den Kreisausschuss über die in seiner mit Ziffer 2 übertragenen Zuständigkeit getroffenen Entscheidungen.
4. Der Beschluss des Kreistages vom 22.02.1999 zur Zuständigkeit für die Ernennung, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung von Beamten bis einschl. Besoldungsgruppe A 13 gD wird aufgehoben.

**TOP 10 Bedarfsplan für den Rettungsdienst im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0082/2012**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage – Nr. XVII-0082/2012.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Landkreises Wolfenbüttel (Stand 1. April 2012), wie er sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. XVII – 0082/2012 ergibt, wird beschlossen.

**TOP 11 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen vom
24.11.2011 - 27.12.2011
Vorlage: XVII-0078/2012**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage – Nr. XVII-0078/2012.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Von den vom 24.11.2011 bis zum 27.12.2011 geleisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage XVII-0078/2012 ergeben, wird Kenntnis genommen.

**TOP 12 Durchführung eines Modellversuches zur Einführung einer
Wertstofftonne
Vorlage: XVII-0068/2012**

KAbg. E. Gerndt erläutert die Vorlage – Nr. XVII-0068/2012.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Durchführung eines einjährigen Modellversuches zur freiwilligen Einführung einer Wertstofftonne in ausgewählten Gebieten des Landkreises Wolfenbüttel wird zugestimmt.

TOP 13 Errichtung eines Breitbandnetzes im Landkreis Wolfenbüttel

Vorlage: XVII-0070/2012

KAbg. E. Gerndt erläutert die Vorlage – Nr. XVII-0070/2012 und trägt die geänderte und sodann einstimmig beschlossene Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vor.

Landrat Röhmann informiert, dass mit Beschluss vom 07.03.2012 des Verwaltungsgerichtes Braunschweig der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung des besagten Telekommunikationsunternehmens abgelehnt wurde. Das Hauptsacheverfahren sei damit zwar noch nicht erledigt, jedoch würde dem Beschluss, so wie er heute gefasst werden könnte, nichts entgegenstehen.

KAbg. Hausmann erklärt, dass der Beschluss zukunftsweisend für den Landkreis Wolfenbüttel sei, da eine flächendeckende Versorgung - auch im Hinblick auf die Ansiedlung von Unternehmen - mit mindestens 25 Mbit/s Download mittlerweile ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge sei. KAbg. Hausmann begrüßt, dass nun auch die Samtgemeinde Baddeckenstedt um Aufnahme in den Kooperationsvertrag gebeten habe. Die SPD- Kreistagsfraktion sei sich dem hohen finanziellen Aufwand durchaus bewusst, sehe diese Investition jedoch als notwendig an, da sowohl durch das Versprechen an die Bevölkerung als auch durch den Abschluss des Kooperationsvertrages und der Anerkennung des Landkreises Wolfenbüttel dies als freiwillige Aufgabe durchzuführen, eine Verpflichtung entstanden sei, die nun endlich erfüllt werden müsste.

KAbg. Koch pflichtet den Ausführungen von KAbg. Hausmann hinsichtlich der Daseinsvorsorge und Standortansiedlung von Wirtschaftsunternehmen bei und hofft, dass die nun angedachte Lösung endlich zielführend sei. KAbg. Koch erläutert den seitens der CDU – Kreistagsfraktion im Kreisausschuss eingebrachten Änderungsantrag, welcher – gerade im Hinblick auf die Schnürung von Pakete - der Flexibilität der Verwaltung dienen solle.

KAbg. Lagosky ergänzt, dass der Landkreis Wolfenbüttel heute in einer Situation sei und rund 11 Mill. € für eine Aufgabe investiere, welche eigentlich durch Telekommunikationsunternehmen hätte erfolgen müssen. Leider kümmern sich diese Telekommunikationsunternehmen jedoch mehr um eine Versorgung in den Städten als im ländlichen Raum. Daher müsse der Landkreis Wolfenbüttel, um den Bürgerinnen und Bürgern in der Fläche nun endlich eine entsprechende Versorgung zu bieten zu können, gegenwärtig einspringen und tätig werden.

KAbg. Kaatz führt aus, dass die Versorgung in der Fläche nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger notwendig sei, sondern auch für alle freiberuflich Tätigen sowie allen Dienstleistungsunternehmen. Es werde klargestellt, dass solch ein Projekt jedoch nur funktionieren könne, wenn alle Gemeinden des Landkreises Wolfenbüttel sowie auch Teile der Stadt Wolfenbüttel an einem Strang ziehen würden. KAbg. Kaatz dankt der CDU- Kreistagsfraktion für den Änderungsantrag im Kreisausschuss, welcher der Verwaltung wesentlich mehr Flexibilität einräume.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Landkreis Wolfenbüttel errichtet, soweit nicht bereits von Dritten erstellt, eine für den Landkreis Wolfenbüttel flächendeckende Versorgung mit mindestens 25 Mbit/s Download.
2. Der Landrat wird beauftragt,
 - eine oder mehrere Pakete für Dienstleistungskonzessionen im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs mit anschließenden Verhandlungsverfahren an einen oder

mehrere Provider für den Betrieb und die Anmietung des Netzes bzw. den Aufbau einer alternativen Internetversorgung auszuschreiben und die Ergebnisse des Teilnahmewettbewerbs dem Eigenbetrieb/ Kreisausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei ist auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Anbieters zu prüfen und ggf. eine Sicherung der Ansprüche des Landkreises zu regeln.

- nach Vertragsabschluss mit einem oder mehreren Providern die notwendigen Arbeiten für den Bau des Glasfasernetzes nach noch festzulegenden Bauabschnitten bzw. der vom Provider gewünschten Infrastruktur auszuschreiben.
 - neben dem Abfallwirtschaftsbetrieb (ALW) und dem Tiefbaubetrieb (TLW) einen weiteren Betrieb für den Bau und Betrieb des Breitbandnetzes (BLW) im Eigenbetrieb „Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel“ zu errichten.
3. Der BLW ist für die erforderlichen Investitionen zuzüglich 500.000,00 € mit einem nicht zu verzinsenden Eigenkapital von bis zu 11 Mio. € auszustatten.
4. Die Einrichtung erfolgt unter der Maßgabe, dass
- die flächendeckende Versorgung mit 25 Mbit/s Download sichergestellt wird,
 - die jeweiligen laufenden Betriebskosten in der auf 20 Jahre kalkulierten Laufzeit und
 - möglichst 50% der Abschreibungen erwirtschaftet werden.
5. Sollten sich nur für Teile der im Businessplan zur Vorlage 70/2012 genannten unversorgten Flächen Provider gewinnen lassen, ist ein modifiziertes Konzept für die Versorgung des Landkreises Wolfenbüttel zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

**TOP 14 Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Teichwiesen
Barnstorf und Große Wiese Warle"
Vorlage: XVII-0063/2012**

KAbg. Lagosky erläutert die Vorlage – Nr. XVII-0063/2012.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die bestehende Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Teichwiesen Barnstorf und Große Wiese Warle“ vom 16.12.1998 wird durch die als Anlage 3 beigefügte Verordnung geändert.

**TOP 15 Verordnung über das Naturschutzgebiet "Salzwiese Barnstorf"
Vorlage: XVII-0061/2012**

KAbg. Lagosky erläutert die Vorlage – Nr. XVII-0061/2012.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die bestehende Verordnung über das Naturschutzgebiet „Salzwiese Barnstorf“ vom

03.11.1976 wird durch die als Anlage 3 beigefügte Verordnung geändert.

**TOP 16 Mitgliedschaft des Landrates im Vorstand der Till- Eulenspiegel- Museumsstiftung sowie Benennung eines weiteren Kreistagsmitgliedes für das Kuratorium
Vorlage: XVII-0077/2012**

KAbg. Polzin erläutert die Vorlage – Nr. XVII-0077/2012 und ergänzt, dass sich der Kreisausschuss für KAbg. Bosse für die Entsendung in das Kuratorium ausgesprochen habe.

KAbg. Oesterhelweg hebt die Wichtigkeit der Till Eulenspiegel - Museumsstiftung für die Region im Hinblick auf die Tourismusförderung hervor und ergänzt, dass Einigkeit unter den Fraktionsvorsitzenden herrsche, dass es hierbei nicht um Parteipolitik, sondern um eine breite politische Basis ginge. Um diese breite politische Basis zum Ausdruck bringen zu können, sei der Landkreis Wolfenbüttel aus Sicht von KAbg. Oesterhelweg gut beraten, wenn KAbg. Rautmann, anstatt KAbg. Bosse, in das Kuratorium entsandt werde, da es trotz der anerkannt überparteilichen Amtsführung von Landrat Röhmann kein Geheimnis wäre, dass dieser Sozialdemokrat sei. Daher werde trotz der Mehrheiten im Kreistag KAbg. Rautmann für die Entsendung in das Kuratorium vorgeschlagen.

KAbg. Hensel bejaht, dass die Tourismusförderung im Landkreis Wolfenbüttel zweifellos abseits jeglicher Parteipolitik verstärkt eine Rolle spielen müsse. Die SPD sei derzeit jedoch nun mal die stärkste Fraktion im Kreistag, wonach das Mitglied für das Kuratorium eben auch aus den Reihen der stärksten Fraktion entsandt werden sollte. Daher werde an dem Vorschlag KAbg. Bosse festgehalten.

KAbg. Brücher stimmt den Ausführungen von KAbg. Hensel zu und ergänzt, dass es Tradition sei, dass die stärkste Fraktion im Kreistag den Vertreter, insofern es nur einen geben soll, stelle. Zumal dieser eine Vertreter ohnehin keine parteipolitischen Interessen, sondern die Interessen des gesamten Landkreises Wolfenbüttel wahrnehmen werde. In diesem Zusammenhang richtet KAbg. Brücher an das künftige Kuratoriumsmitglied die Bitte darauf hinzuwirken, dass Satz 3 des § 3 Abs. 1 der Satzung der Till Eulenspiegel- Museumsstiftung - „Sie ist politisch, rassistisch und konfessionell neutral“- gestrichen werde, da solch eine Formulierung nicht in die heutige Zeit passen würde.

Landrat Röhmann schlägt Bezug nehmend auf die Ausführungen von KAbg. Oesterhelweg vor, seine Mitgliedschaft in dem Vorstand der Till Eulenspiegel- Museumsstiftung dem Ersten Kreistag Herrn Hortig zu übertragen, insofern die Satzung der Till Eulenspiegel- Museumsstiftung dahingehend geändert werde. Dies könne evtl. als Kompromiss zu dem gesehen werden, was KAbg. Oesterhelweg mit der Nominierung von KAbg. Rautmann bezwecke, da der Erste Kreisrat bekanntlich Christdemokrat sei.

KAbg. Oesterhelweg fragt diesbezüglich nach, ob diejenigen, die im Auftrage des Landrates als Vertreter des Landkreises Wolfenbüttel entsandt werden, nach parteipolitischen Gesichtspunkten handeln würden.

Landrat Röhmann erwidert, dass es um eine überparteiliche Interessenwahrnehmung ginge und dass die Abgabe seiner Mitgliedschaft an Herrn Hortig nur ein Angebot zu dem Vorschlag von KAbg. Oesterhelweg gewesen sei.

Vorsitzender Ganzauer lässt nach Vorschlag von KAbg. Försterling über den Beschluss, analog der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses, abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 28 Ja- und 16 Nein- Stimmen nachstehenden

Beschluss:

1. Landrat Röhmann wird gem. § 7 Abs. 1 Stiftungssatzung in den Vorstand der Till Eulenspiegel- Museumsstiftung berufen. Die Mitgliedschaft ist eine zum Hauptamt des Landrates gehörige Tätigkeit.
2. KAbg. Bosse wird als Kreistagsmitglied gem. § 9 Abs. 2 Stiftungssatzung in das Kuratorium entsandt.

TOP 17 Erweiterung der Geschäftsordnung des Landkreises Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0086/2012

KAbg. Hasselmann erläutert die Vorlage – Nr. XVII-0086/2012.

Landrat Röhmann ergänzt, dass der Vorschlag der Verwaltung im Verhinderungsfall des benannten Ausschussmitgliedes dahingehend laute, dass so dann nur ein anderer benannter Stellvertreter der jeweiligen Fraktion/ Gruppe für den Fachausschuss die Vertretung wahrnehmen könne. Eine Stellvertretung durch alle übrigen Fraktions- /Gruppenmitglieder wäre somit weiterhin ausgeschlossen.

KAbg. Wagner- Judith, Bötel und Fricke sprechen sich daraufhin für eine Ringvertretung innerhalb der gesamten Fraktion/ Gruppe aus.

Landrat Röhmann entgegnet, dass die Ringvertretung innerhalb der ganzen Fraktion/ Gruppe zunächst durch die Verwaltung geprüft werden müsse, schlägt jedoch vor, den Beschluss, wie ihn die KAbg. Wagner- Judith, Bötel und Fricke fordern, zunächst so zu fassen. Sollte sich im Rahmen der rechtlichen Prüfung ergeben, dass diese Regelung so nicht haltbar sei, würde die Verwaltung einen neuen Vorschlag erarbeiten.

Anmerkung der Verwaltung:

Da die Stellvertretung der Ausschussmitglieder gesetzlich nicht geregelt ist, obliegt es dem Kreistag in einer freien Entscheidung, ob er Stellvertreter beruft und wie er diese Stellvertretung im Einzelnen handhaben will. In diesem Rahmen ist die konkrete Benennung eines bestimmten Stellvertreters – wie bisher - für jedes Ausschussmitglied die eindeutigste Lösung, jedoch können auch komplexere Stellvertretungsmodelle zur Anwendung kommen (z.B. Stellvertretung durch alle Mitglieder der jeweiligen Fraktion). Im Protokoll ist festzuhalten für welches Ausschussmitglied das jeweilige Fraktions-/ Gruppenmitglied die Stellvertretung ausübt. Der gefasste Beschluss ist somit mit dem geltenden Recht vereinbar.

Beschluss:

1. Die Geschäftsordnung des Landkreises Wolfenbüttel vom 07.11.2011 wird im III. Abschnitt um den folgenden Paragraphen erweitert:

Vertretung der Ausschussmitglieder

Ist ein benannter Vertreter oder eine benannte Vertreterin eines Ausschussmitgliedes an der Wahrnehmung der Vertretung verhindert, so ist die Vertretung durch ein anderes Fraktions-/ Gruppenmitglied zulässig.

2. Die Erweiterung wird unter Abschnitt III. § 25 eingefügt, wonach sich die nachfolgenden Paragraphen um eine Zahl nach hinten verschieben.
3. Die Überschrift des § 6 Geschäftsordnung wird um den Begriff „Prüfanträge“ erweitert und

heißt folglich „Sach- / Prüfanträge“.

4. § 6 GO wird um den Absatz 5 erweitert, welcher wie folgt lautet:

Abs. 5: Im Übrigen gilt der § 56 NKomVG.

TOP 18 Annahme von Spenden und Zuwendungen über 2.000,- € Vorlage: XVII-0090/2012

KAbg. Wagner- Judith erläutert die Vorlage – Nr. XVII-0090/2012.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die in der Anlage zur Vorlage XVII-0090/2012 aufgeführten Spenden der Fördervereine der Carl-Gotthard-Langhans-Schule und der Peter-Räuber-Schule werden angenommen.

TOP 19 Resolution zur sicheren Schließung des Bergwerkes Asse II - Resolution Vorlage: XVII-0091/2012

Landrat Röhmann erläutert die Vorlage – Nr. XVII-0091/2012 und verweist auf die einvernehmlich formulierte Resolution, wie sie sich aus der Tischvorlage ergäbe. Landrat Röhmann hebt die Wichtigkeit einer gemeinsam getragenen Resolution hervor, denn nur so könne eine weitreichende Wirkung erzielt werden. Aus aktuellem Anlass berichtet Landrat Röhmann kurz über den heutigen Besuch des Bundesumweltministers Röttgen, welcher einen größeren Medien- und Bevölkerungsandrang verursacht habe. Gleichwohl dankt er allen Fraktionen und Gruppen im Kreistag Wolfenbüttel, dass die gestern veranstaltete Lichterkette zum Gedenken an Fukushima unterstützt und mitgetragen wurde.

KAbg. Wiegel schließt sich Landrat Röhmann an, dass die Resolution nur dann stark sei, wenn sich alle einig wären. Die Beschleunigung der Rückholung des Atommülls habe erste Priorität, um die Lebensqualität in der Region erhalten zu können. Dieses Ziel dürfe niemals aus den Augen verloren werden und auch nicht mit anderen Themen, wie beispielsweise dem Asse- Fond, vermischt werden. Die Maßnahmen zur Rückholung würden ohnehin viel zu lange andauern und noch immer würden rund 120 Dokumenten des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) fehlen, obwohl im Schacht seit langem alles für die Probebohrungen vorbereitet sei. Die Beschleunigung der Rückholung zur Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Bevölkerung stehe an erster Stelle. Daher werde ein Konzept zur Rückholung sowie ein Projektmanagement mit weitreichenden Kompetenzen gefordert, welches die Rückholung planen, betreuen, steuern und kontrollieren müsse. Darüber hinaus müssten die Beschäftigten in der Asse entsprechend entlohnt und deren Arbeitsverträge entfristet werden, denn der Landkreis Wolfenbüttel sei auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bräuchten im Gegenzug die Sicherheit, welche von einem unbefristeten Arbeitsvertrag ausginge. Abschließend werde angemerkt, dass die SPD-Kreistagsfraktion den Asse- Fond zwar für ein wichtiges Thema halte, aber nicht zu der jetzigen Zeit. KAbg. Wiegel verweist insoweit auf den Rat der Samtgemeinde Asse, welcher bewusst den Asse-Fond aus der kürzlich verabschiedeten Resolution herausgelassen habe. Die Rückholung dürfe nicht mit dem Asse- Fond in einer Resolution gefordert und dadurch vermischt werden. Ohnehin dürfe sodann auch kein pauschaler Fond gefordert werden. Die Verwendung der Mittel müsse konkret

beschrieben werden, damit sichergestellt sei, dass die Gelder nicht für andere Maßnahmen verwandt werden könnten.

KAbg. Oesterhelweg zeigt sich ebenfalls erfreut über die einvernehmlich erarbeitete Resolution und dankt KAbg. Wiegel für die Aussage, dass die Bringschuld in Sachen Rückholung bei dem BfS und nicht in Berlin oder Hannover läge. KAbg. Oesterhelweg stellt ausdrücklich klar, dass eine Erhöhung der zulässigen Gesamtdosis oder der zulässigen Personendosis für die CDU- Kreistagsfraktion nicht in Frage käme. Der Landkreis Wolfenbüttel sei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in besonderem Maße verpflichtet, wonach eine angemessene Entlohnung sowie die Entfristung aller Arbeitsverträge dringend gefordert werden müsse. Insoweit seien sich ohnehin alle Kreistagsabgeordneten einig. Einzig der Asse- Fond müsse diskutiert werden. Aus Sicht der CDU- Kreistagsfraktion dürfe auch im Hinblick auf den Asse- Fond keine Zeit mehr verloren gehen. Die Formulierung sei bewusst pauschal gewählt, da es zunächst um eine Richtungsentscheidung ginge – nämlich der Errichtung des Fonds – über die Ausgestaltung und Einsatzmöglichkeiten könne sich später unter Beteiligung der Bevölkerung, der Gemeinden, der Kommunalpolitik etc. gekümmert werden. Wichtig sei, dass der Kreistag zunächst das Signal – gerade in Richtung Berlin - gäbe, dass der Fond gewollt sei. KAbg. Oesterhelweg stelle daher den Antrag, dass entweder der Asse- Fond in die Resolution aufgenommen werde oder dass, wenn die Resolution ohne den Fond zur Abstimmung gestellt werde, über einen separaten, weitergehenden Antrag über den Asse- Fond abgestimmt werde.

KAbg. Försterling unterstreicht die Wichtigkeit des Asse- Fonds und ergänzt, dass es dabei zunächst egal sei, um welche Summe sich es handle, wichtig sei das Signal, dass der Fond gewollt sei. Ohne Zweifel stehe die Rückholung an erster Stelle, jedoch könnten die Rückholung und der Asse- Fond parallel gefordert werden und laufen, da sich ohnehin unterschiedliche Bereiche mit den beiden Themen befassen würden. Die Rückholung würde durch den Asse- Fond nicht verzögert werden, da es zwei völlig unterschiedliche Teilprojekte seien. KAbg. Försterling verweist auf Salzgitter und den Schacht Konrad, wo insoweit ein Fond als Lastenausgleich errichtet wurde, obwohl noch gar keine Lasten vorhanden seien. Die Region Asse haben dagegen bereits jetzt erhebliche Lasten zu tragen, wofür der Kreistag Verantwortung übernehmen müsse.

KAbg. Fricke stimmt den Aussagen von KAbg. Wiegel insofern zu, dass die Samtgemeinde Asse in ihrer Resolution zwar den Asse- Fond nicht erwähne, dass jedoch nur dem Umstand geschuldet sei, weil der Asse- Fond bereits im letzten Jahr verabschiedet wurde. Der Asse- Fond sei eine flankierende Maßnahme, welche u.a. vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückganges dringend benötigt werde. Natürlich werde die Rückholung priorisiert, jedoch werde der Fond benötigt, damit die Region weiter atmen und leben könne.

KAbg. Lagosky hebt den Schutz der Bevölkerung und der Beschäftigten hervor. Der Landkreis Wolfenbüttel stehe in der Verantwortung, dass die Rückholung sicher und schnell erfolge. Insoweit dürfe in Sachen Sicherheit keinerlei Abstriche gemacht werden. Hinsichtlich des Asse- Fonds werde sich KAbg. Oesterhelweg, Försterling und Fricke angeschlossen und ergänzt, dass der Fond Relevanz für den gesamten Landkreis Wolfenbüttel habe.

KAbg. Brücher entgegnet, dass alle Aspekte der gemeinsam erarbeiteten Resolution eine hohe Wichtigkeit haben – darin herrsche Einigkeit. Bezüglich des Asse- Fonds bleibt anzumerken, dass die derzeitige Beschlussformulierung „Ausgleich von Schäden und Nachteilen“, wie sie seitens der CDU- Kreistagsfraktion gewählt wurde, zu allgemein gehalten sei. Es sei weder für die Bevölkerung noch für die Politik fassbar, was unter dem Ausgleich von Schäden und Nachteilen zu verstehen sei. Daher könnten unter Umständen Illusionen geweckt werden, welche im Nachhinein dementiert werden müssten. Sollte die CDU – Kreistagsfraktion jedoch auf die Aufnahme des Asse- Fonds in die Resolution beharren, beantrage KAbg. Brücher für die Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Kreistagsfraktion eine Sitzungsunterbrechung, um erneut darüber beraten zu können.

KAbg. Wiegel stellt erneut klar, dass die SPD- Kreistagsfraktion grundsätzlich nicht gegen den Asse- Fond sei, nur nicht zur jetzigen Zeit. Darüber hinaus könne der beschlossene Lastenausgleich in

Salzgitter nicht mit der Asse verglichen werden und auch die Beschlüsse des Rates der Samtgemeinde Asse seien unabhängig von der Beschlussfassung des hiesigen Kreistages zu sehen. Zu dem sei der Asse- Fond weder für die Asse II Begleitgruppe noch für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort derzeit ein gewichtiges Thema, da es denen in erster Linie um die schnelle und sichere Rückholung ginge.

KAbg. Perli dankt allen für die konstruktive Zusammenarbeit zu dieser hervorragenden Resolution und schlägt vor, diese Resolution sodann an die Bundes- und Landesregierung sowie an alle Fraktionen im Land- und Bundestag und dem BfS zu senden. Bezüglich des Asse- Fonds schließe er sich den Ausführungen von KAbg. Wiegel an und ergänzt, „etwas Richtiges zum falschen Zeitpunkt zu fordern, ist auch falsch“.

KAbg. Hensel plädiert über die gemeinschaftlich formulierte Resolution abzustimmen, da es in erster Linie um die schnelle Rückholung und um die Sicherheit der Beschäftigten und der Bevölkerung ginge. Hierzu müsse jetzt ein Zeichen gesetzt werden und die Forderung des Fonds müsse zunächst mit Leben gefüllt werden, bevor darüber entschieden werde.

Landrat Röhmann ergänzt, dass es sich bei dem Ausgleichsfond in Salzgitter um eine andere Sachlage handle und somit nicht mit der Asse verglichen werden könne. Dass der Samtgemeinderat Asse bereits einen Fond gefordert habe, sei in deren Zuständigkeitsbereich ihr gutes Recht, stünde jedoch in keinerlei Zusammenhang mit den Entscheidungen des Kreistages Wolfenbüttel. Landrat Röhmann bittet, zunächst die aktuellen Entwicklungen abzuwarten und den Asse- Fond zu einem späteren Zeitpunkt zu fordern.

KAbg. Oesterhelweg nimmt trotzdem Bezug auf den in der Samtgemeinde Asse verabschiedeten Fond und räumt ein, an der derzeitigen allgemein gehaltenen Formulierung zu Gunsten der Formulierung aus dem Samtgemeinderat abzuweichen oder es als „Lastenausgleich“ zu beschreiben. Wichtig sei nur, dass das Thema heute beschlossen werde, insoweit werde auch die von KAbg. Brücher angekündigte Sitzungsunterbrechung gerne in Kauf genommen.

Vorsitzender Ganzauer unterbricht die Sitzung um 21.28 Uhr.

Vorsitzender Ganzauer eröffnet die Sitzung um 21.42 Uhr.

KAbg. Brücher dankt für die gewährte Sitzungsunterbrechung, erklärt im Namen der Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Kreistagsfraktion, dass an der bisherigen Formulierung der Resolution ohne den Asse-Fond festgehalten werde.

Vorsitzender Ganzauer lässt zunächst über den weitergehenden Antrag der CDU- Kreistagsfraktion zum Asse- Fond abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 28 Ja- und 15 Nein- Stimmen nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel lehnt den Antrag der CDU- Kreistagsfraktion zur Aufnahme des Passus zu dem Asse- Fond zum Ausgleich von Schäden und Nachteilen in unserer Region in der hiesigen Resolution ab.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel nimmt die aktuelle Situation um das marode Atommüllager Asse II mit großer Sorge zur Kenntnis und teilt die Befürchtungen vieler Einwohnerinnen und Einwohner. Eine der größten Umweltsünden in Deutschland haben wir direkt vor unserer Haustür. Die Atommüllagerung in der Asse ist das Resultat eines wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Versagens in den letzten 50 Jahren, und wir müssen alles dafür tun, die derzeitige Situation für die Bevölkerung und für nachfolgende Generationen zu verbessern.

- Der Kreistag fordert mit Nachdruck die Rückholung des Atommülls und der chemotoxischen Stoffe aus der Asse, zu der es hinsichtlich der Langzeitsicherheit keine Alternative gibt.
- Der Kreistag unterstützt die Begleitgruppe Asse II in ihrer Arbeit als regionales Beteiligungsgremium.
- Der Kreistag fordert, die Abläufe für die Rückholung des Atommülls aus der Asse zu beschleunigen. Es besteht jederzeit die Gefahr eines unkontrollierten Laugenzutritts.
- Der Kreistag befürwortet die Gesetzesinitiative zur „Lex Asse“. Das Atomgesetz ist so zu verändern, dass die Maßnahmen zur Rückholung des Atommülls aus der Asse beschleunigt werden. Der Schutz der Beschäftigten und der Bevölkerung muss dabei höchste Priorität haben.
- Der Kreistag fordert, den Bau des neuen Schachtes (Asse 5) mit Hochdruck zu realisieren, da dieser eine deutliche Beschleunigung ermöglicht.
- Der Kreistag fordert den Bundesumweltminister, Landesumweltminister und den Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz und alle leitenden Mitarbeiter auf, ihre Führungsverantwortung wahrzunehmen und mit Sachlichkeit sowie konstruktivem Handeln die Rückholung des Atommülls und der chemotoxischen Stoffe aus der Asse so schnell wie möglich umzusetzen.
- Der Kreistag fordert unverzüglich ein Projektmanagement mit weitreichenden Kompetenzen und ausreichend qualifiziertem Fachpersonal einzusetzen, das das Projekt Rückholung plant, betreut, steuert und kontrolliert.
- Der Kreistag fordert, dass die Voraussetzungen für den Schritt 1 der Faktenerhebung, das Anbohren der Kammern, unverzüglich zu schaffen sind. Weitere Verzögerungen sind nicht hinnehmbar.
- Der Kreistag fordert eine angemessene Bezahlung der Beschäftigten der Asse GmbH, da die Beschäftigten die Hauptlast der sicheren Schließung der Asse tragen müssen. Außerdem fordert der Kreistag die Entfristung der Arbeitsverträge, damit die für den weiteren Fortgang so wichtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine berufliche Perspektive haben und nicht abwandern.

Die Abgeordneten des Kreistages Wolfenbüttel halten weitere Zeitverluste für nicht mehr verantwortbar und fordern eindringlich:

„Jetzt muss mit aller Kraft und optimalem Projektmanagement gehandelt werden!“

TOP 20 Resolution zum Thema Fracking

KAbg. Hasselmann trägt die einstimmige Beschlussempfehlung zur Resolution zum Thema Fracking des Kreisausschusses im Wortlaut vor.

KAbg. Oesterhelweg hebt die Wichtigkeit hervor, jetzt ein klares Signal an die Öffentlichkeit und an alle Verantwortlichen zu geben, dass das Fracking grundsätzlich abgelehnt werde. Der Landkreis Wolfenbüttel habe aufgrund des maroden Bergwerks Asse genügend Probleme, so dass es nicht hingenommen werde könne, dass wassergefährliche chemische Substanzen in den Erdboden zur Erdgasförderung gepresst werden. KAbg. Oesterhelweg bittet jedoch die Beschlussformulierung des

2. Spiegelstriches um die Worte „zum Fracking“ zu ergänzen, so dass die Formulierung folgendermaßen lauten würde:

- sich bei der Bundesregierung sowie im Bundesrat durch eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des veralteten Bergrechtes dahingehend einzusetzen, das künftig bei allen bergrechtlichen Verfahren zum Fracking - beginnend bereits vor der Aufsuchungserlaubnis - neben einer Beteiligung der Gemeinden, Wasserbehörden und Wasserversorgungsunternehmen mit diesen auch Einvernehmen hergestellt werden muss,

KAbg. Bosse erklärt sich mit der Ergänzung einverstanden und dankt der Verwaltung, insbesondere Dezernent Schillmann, dass im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klima sogleich über das Thema Fracking berichtet wurde, als es bekannt wurde. Es könne nicht akzeptiert werden, dass das Wirtschaftsministerium weder die Kreisverwaltung noch die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert habe, dass ein Antrag zum Fracken für das Erkundungsgebiet Wolfsburg, wo Bereiche von Sickte und Cremlingen unstrittig betroffen sein werden, vorläge. Lediglich die Firma, welche die Erkundungen durchführen wolle, habe sich an die Verwaltung gewandt und sie darüber informiert. Das mangelnde Informationsrecht sei jedoch dem veralteten Bergrecht geschuldet, welches umgehend geändert werden müsste. Allen seien die möglichen Gefahren, welche vom Fracken ausgehen könnten, bekannt. Die SPD- Kreistagsfraktion habe daher für den nächsten Ausschuss für Umwelt, Landschaft, Bauen und Klima einen weitergehenden Antrag gestellt, um die regionalen Wasserversorger sowie das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie zu dem Thema zu hören. KAbg. Bosse dankt allen Fraktionen und Gruppen des Kreistages Wolfenbüttel für die zügige Erstellung der Resolution und fordert vom Land in aller Dringlichkeit ein Moratorium.

KAbg. Leukert ergänzt, dass sich die Piraten- Partei ebenfalls gegen das Fracking ausgesprochen habe und schließt sich den Ausführungen von KAbg. Oesterhelweg an, dass gerade in der Region Wolfenbüttel nicht noch zusätzliche Probleme geschaffen werden dürften.

KAbg. Brücher schließt sich den Ausführungen von KAbg. Bosse hinsichtlich der notwendigen Änderung des Bergrechts sowie den Bestrebungen zu einem Moratorium an.

KAbg. Perli schlägt vor, dass diese Resolution sodann sie verabschiedet würde, ähnlich wie die vorab beschlossene Resolution zum Thema Asse II, sowohl an die Landesregierung, die Bundesregierung als auch an alle Fraktionen im Land- und Bundestag weitergeleitet werden solle. Die Formulierung des Antrages der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN basiere auf den eingebrachten Resolutionen der Fraktionen im Rat der Stadt Braunschweig. Auch die Formulierung des Antrages der SPD- Kreistagsfraktion sei ähnlich gewählt. KAbg. Perli zeigt sich erfreut über das gute Ergebnis der heutigen Kreistagssitzung, welche alle drei Anträge der Fraktionen und Gruppen im Kreistag Wolfenbüttel berücksichtige.

KAbg. Lagosky stellt klar, das bereits bei dem Aufsuchen der geologischen Formationen teilweise gefrackt werden würde, wonach ggf. mit einer Verunreinigung des Grundwassers bereits jetzt und nicht erst ab 2014 gerechnet werden müsste. Daher sei es wichtig, jetzt die grundsätzliche Ablehnung des Frackings zu verdeutlichen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel lehnt mit Nachdruck das sogenannte Fracking-Verfahren zur Erdgasgewinnung beziehungsweise –förderung oder zur Suche nach Erdgasvorkommen ab. Der Kreistag stellt fest, dass der Einsatz wassergefährlicher chemischer Substanzen für die Gewinnung von Erdgas nicht hinnehmbar ist. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um den Einsatz in, an oder abseits von Wasserschutzgebieten geht.

Der Wolfenbütteler Kreistag fordert daher die niedersächsische Landesregierung auf,

- das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) anzuweisen, dass bei der Erdgasförderung umstrittene Fracking - Verfahren bis auf weiteres - sowohl im Bezug auf der Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdgaslagerstätten als auch deren Förderungsbewilligung - auszusetzen und entsprechende Anträge im Hinblick auf das öffentliche Interesse abzulehnen,
- sich bei der Bundesregierung sowie im Bundesrat durch eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des veralteten Bergrechtes dahingehend einzusetzen, das künftig bei allen bergrechtlichen Verfahren zum Fracking - beginnend bereits vor der Aufsuchungserlaubnis - neben einer Beteiligung der Gemeinden, Wasserbehörden und Wasserversorgungsunternehmen mit diesen auch Einvernehmen hergestellt werden muss,
- eine umfangreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die auch lückenlose Informationen über die verwendeten Stoffe sowie die möglichen Risiken beinhaltet, zu gewährleisten,
- eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen.

TOP 21 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 4i GO)

Landrat Röhmann bittet die Mitglieder der Steuerungsgruppe des Landkreises Wolfenbüttel sich den neuen Termin für die Sitzung am 16.05.2012 zu notieren.

Landrat Röhmann erinnert an den Vordruck für die Verwaltung, insofern Interesse bestünde über Abschiebungen im Landkreis Wolfenbüttel im Vorfeld informiert zu werden.

Landrat Röhmann zeigt sich erfreut über die Mitteilung, dass die Errichtung der IGS in der Ravensberger Straße mit den Schuljahrgängen 5 bis 10 zum Schuljahresbeginn 2012/2013 mit Schreiben vom 09.03.2012 von der Niedersächsischen Landesschulbehörde genehmigt wurde.

Darüber hinaus informiert Landrat Röhmann über die noch andauernden Gespräche mit der Landesschulbehörde und der IGS Wallstraße bzgl. der sechs eingegangenen Anträge für die Inanspruchnahme der fünf vorgesehenen Integrationsplätze.

Landrat Röhmann unterrichtet, dass die größte Veranstaltung bundesweit zum Gedenken an die Fukushima- Katastrophe vor einem Jahr im Landkreis Wolfenbüttel stattgefunden habe. Der Landkreis Wolfenbüttel war hierbei zuständige Versammlungsbehörde, wobei die Koordination aller damit zusammenhängenden Dinge der Abt. 321 Ordnungs-, Rettungs- und Feuerwehrwesen und hier speziell bei Frau Trümper lag. Landrat Röhmann bittet den anwesenden Amtsleiter 32 Frau Trümper mitzuteilen, dass der Kreistag die Erledigung dieser Aufgabe sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen habe.

Abschließend informiert Landrat Röhmann darüber, dass die gesammelten Spenden für Japan in Höhe von 30.604,99 € Anfang Februar 2012 an die Kita – Shinagawa in Tokyo weitergeleitet wurden.

TOP 22 Einwohnerfragestunde (§§ 16, 4 j GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Vorsitzender Ganzauer schließt den öffentlichen Teil um 22:10 Uhr.

Vorsitzender Ganzauer eröffnet den nichtöffentlichen Teil um 22:12 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in